

Notwendigkeit zur Kriegsführung folgenden Zwänge (wobei es im übrigen mehr als problematisch ist, einfach Spanien mit seiner Revolution und Frankreich mit seiner reformistischen Regierung zu vergleichen).

Auch verlangt seine Argumentation eigentlich nach einer umfassenden Quantifizierung all der von ihm beschriebenen Erscheinungen, um wirklich allgemeine Urteile fällen zu können. Doch es ist nicht unschwer zu vermuten, daß die Quellen dies nicht hergeben. So gerät seine Darstellung zwangsläufig zu einer Aufzählung vieler Einzelbeispiele. Doch fehlen dann bei ihm Gegenbeispiele.

Wie will er etwa die Mehrarbeit, die die katalanischen Arbeiter seit dem Sommer 1936 auf sich nahmen, um eine vollständig neue Rüstungsindustrie zu schaffen – und zwar nach den vielen Berichten zumindest in der ersten Zeit unbestreitbar freiwillig –, bewerten? Es ist schade, daß er diesen Vorgang nur ein einziges Mal erwähnt (im Zusammenhang mit gefährlichen Arbeitsbedingungen). Ähnliche Beispiele ließen sich aus den ersten Monaten der Revolution in Barcelona, als die Herstellung der sozialen Gleichheit in unmittelbare Nähe gerückt schien, vielfach anführen und müßten den von Seidman beschriebenen gegenübergestellt werden. Daß die Aufrechterhaltung der Arbeitsproduktivität in einer revolutionären Situation ein großes Problem ist, darüber ist im übrigen auch schon in früheren Revolutionen nachgedacht worden (vgl. z. B. die Schrift von Eugen Varga, *Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur*, Wien 1920).

So kann man viel eher ein widersprüchliches Bild als eine in sich geschlossene Tendenz konstatieren. Wie Seidman auch mehrmals betont, ist seine Analyse durch die nach-68er Diskussion über Wert und Inhalt der Arbeit in einer Konsumgesellschaft bestimmt. Es bleibt jedoch die Frage, ob er zwei durch besondere, einmalige Umstände bestimmte Situationen unter eine solche allgemeine Analyse subsumieren kann.

Reiner Tosstorff, Frankfurt/Main

Christoph Butterwegge, *Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen*. Mit einem Geleitwort von Bruno Kreisky, Verlag Arbeit und Gesellschaft, Marburg 1991, 729 S., kart., 68 DM.

Das Erstaunen über die vorgelegte Studie beginnt bereits in den Vorbemerkungen Butterwegges: Diese »Anfang 1988 fertiggestellte« und vom sozialwissenschaftlichen Fachbereich der Universität Bremen angenommene Habilitationsschrift sei – vom Kenntnisstand des Herbstes 1990 aus betrachtet – durch das »Scheitern des ›realen‹, bürokratisch-administrativen Sozialismus« in der Weise tangiert, daß »überkommene Einschätzungen, etwa bezüglich historischer Ereignisse und Entwicklungen der Arbeiterbewegung, heute obsolet erscheinen. Das gilt auch für Beurteilungen des Austromarxismus und seiner zeitgenössischen Kritiker durch den Verfasser.« Gleichwohl wollte er die eigene Arbeit, von Marginalien abgesehen, »ohne Nachbesserungen dokumentieren« (S. 17 f.). Vielleicht mag es freimütige Bekenntnisse honorierende Leser-sympathisch berühren, daß ein Autor ausgerechnet sein wissenschaftliches Hauptwerk in nicht näher definierten Anteilen der Urteilshorizonte vorab als von der jüngsten Zeitgeschichte überholt einstuft; doch sollten Buchfassungen von Habilitationsschriften wohl eher den vom jeweiligen Verfasser wesentlich voranzubringenden aktuellen Forschungsstand repräsentieren als Selbstzeugnisse überwundener Standpunkte sein. Noch eigentümlicher bietet sich freilich ein Sachverständnis dar, das offenbar vom Grade der Bestandskraft des »sowjetischen Modells« die Beurteilungskriterien der betrachteten österreichischen Arbeiterbewegung bis zum Jahre 1938 abhängig macht.

Insofern mag es Besprechungen eines anderen Genres überlassen bleiben, sich noch mit der mitgelieferten Sammlung ideologischer Anachronismen näher auseinanderzusetzen – etwa wenn ausgerechnet »Dimitroffs berühmte Formel«, nämlich die in ihrer Simplifikation vielzitierte stalinistische Gleichsetzung von Faschismus und »Finanzkapital«, nach Überzeugung des Autors »den Kern des Problems (trotz gravierender Mängel im Detail) traf« (S. 566), ein mißliebiger Reformsozialist wie Karl Renner »zu einem Apologeten des Monopolkapitalismus« (S. 182) erklärt wird oder teilweise Lenin-Paraphrasen die wieder einmal weitgehend uneingelöste »historisch-materialistische« Detailanalyse ersetzen: »Ende des 19. Jahrhunderts trat der Kapitalismus in sein höchstes Entwicklungsstadium ein [. . .]« (S. 79). Zwar verzichtet der nahezu jede politikhistorische Rekonstruktion mit eigenen Kommentaren versehenen Autor nicht auf Kritik an parteikommunistischen Positionen, so z. B. gegen »im Zusammenhang mit der Sozialfaschismustheorie gemachte Fehler« (S. 442); doch steht die Milde dieser Formulierung in auffälligem Kontrast zu Verdikten, die selbst den – im zeitgenössischen deutschsprachigen Diskussionsspektrum gemäßigt linkssozialistischen – Vordenker der SDAP treffen, er »verfestigte die Vorbehalte zwischen den Arbeiterparteien« und habe nicht nur seine Analysen »ziemlich willkürlich« aufgebaut: »Schlimmer [sic!] war aber, daß Bauer die Resultate der sozialen Machtfaktoren einander bekämpfender Klassen mit dem Gesamtwillen im demokratischen Staat gleichsetzte« (S. 287). Gegen Otto Bauers »abstrakte Entgegensetzung von Demokratie und Diktatur« hätte dieser nämlich besser »die Bolschewiki mit Marx und Engels« darin identifizieren sollen, daß »die proletarische Diktatur mit wahrer Demokratie vereinbar sei« (S. 322 f.), wie es dem Autor beliebt.

In der Attitüde des überlegen Wissenden stellt der Verfasser den behandelten Texten serienweise das Zeugnis von »Mißverständnissen« (eine seiner Lieblingsvokabeln für alle ungelehrigen Schüler der wahren Orthodoxie) aus, zuweilen wird dieser strenge Verweis auch zur Bekämpfung von »Irrglauben« ausgeweitet: »Die meisten Austromarxisten stilisierten Oberflächenerscheinungen zum Wesen des Faschismus hoch«; dieses sich offenbar nur Rechtgläubigen erschließende »Wesen« bleibt wider alle empirische Soziographie von Massenunterstützung breitester Bevölkerungsschichten (und im Österreich der Zwischenkriegszeit kaum vorfindlicher autochthoner »Monopolbourgeoisie«) selbstredend »die Affinität des Monopols zur faschistischen Diktatur« (S. 564) – was augenscheinlich auch die »Totalität des sozioökonomischen Systembegriffs« (S. 341) denknotwendig voraussetzen muß. Wie der Autor die Wurzel aller Übel bereits in der Revolution 1918/19 aufdecken will, gelang es damals wegen sozialdemokratischer Majorisierung »den auf diese Weise »gleichgeschalteten« [sic!] Arbeiter- und Soldatenräten nie, sich vom Führungsanspruch der SDAP zu emanzipieren« (S. 220), und so wurde man »der geopolitischen Schlüsselstellung Österreichs 1918/19 nicht gerecht. Ein sozialistisches Österreich hätte als Scharnier zwischen der bayerischen und ungarischen Räterepublik fungieren und die Ausweitung des revolutionären Entwicklungsprozesses nach Westen bewirken können. Die Weltgeschichte [sic!] hätte womöglich einen ganz anderen Verlauf genommen . . .« (S. 227).

Wem es gelingt, über solches dogmenträchtiges Fabulieren hinwegzulesen, kann aus der verbleibenden chronologisch und thematisch strukturierten Dokumentation von ausführlichen Zitaten der wesentlichen austromarxistischen Theoretiker und Publizisten gleichwohl beträchtlichen Informationsgewinn ziehen. Zwar läßt sich für Fachspezialisten ein überwiegender Teil der dabei behandelten Aspekte auch aus einer Fülle vorliegender einschlägiger Literatur zusammentragen; doch ist bislang an keiner Stelle eine dermaßen umfassende Synthese – mit verdichtetem Material etwa von den Debatten über die nationalen Fragen um die Jahrhundertwende bis zum »Anschluß« von 1938 – vorgelegt worden. Freilich sollten sich Erwartungen an Erkenntnisgewinn auf die im Titel untergebrachten Stichworte »Staat« und »Politiktheorie« beschränken; von dem gleichfalls angekündigten Rückbezug auf »Praxis« ist jedenfalls in einem historisch-empirisch fundierten Sinne nur beiläufig die

Rede, eher schon werden an wichtigen Entscheidungssituationen die jeweiligen sozialdemokratischen *Praxisorientierungen* in den Urteilshorizonten des Autors beleuchtet. Der geradezu schlagende Beleg für dieses spezifische »Praxis«-Verständnis ist die Reduktion des nach dem raschen Ausscheiden aus der Bundesregierung realiter wichtigsten Handlungsfeldes, nämlich des von 1919 bis 1934 kontinuierlich mit absoluter Mehrheit durch die SDAP regierten Bundeslandes Wien, auf wenige unergiebigste Bemerkungen (S. 305–308). Dabei ließen sich in dem Spannungsfeld zwischen der »roten Metropole« und der »schwarzen Provinz« mehr tragfähige historische Deutungshorizonte für das in der Argumentation Butterwegges immer wieder kritisch aufgegriffene »Gleichgewichtstheorem« der österreichischen Klassenkräfte und politischen Lager auffinden, als sie der wohlsortierteste Zettelkasten der Klassiker-Exegese jemals zutage fördern kann. Aber selbst in legitimen Grenzen einer primär politiktheoretischen Studie wäre dem Text eine Entschlackung auf einen Kernbestand von wissenschaftlich intersubjektiv weithin anerkanntsfähigen und weiterführenden Erkenntnissen zugute gekommen; als deren Resultat hätte sie sich jenem »bewundernswerten Beitrag« (S. 9) schon stärker genähert, den Altbundeskanzler Kreisky gemäß dem Tenor seiner Geleitworte der vorliegenden Fassung wohl eher in dem Bemühen um die Bewahrung von austromarxistischen Erinnerungsgehalten bereits zusprechen wollte.

Detlef Lehnert, Reichenau/Austria

Ulrike Weber-Felber, *Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik*, Europaverlag, Wien etc. 1990, 356 S., pb., 41,80 DM.

Welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten besitzt die Arbeiterbewegung im demokratischen Staat, wenn ihr nach einem radikalen Umbruch die Macht zugefallen ist? In welche Schwierigkeiten gerät sie, wenn sie sich aus der Opposition gegenüber Versuchen behaupten muß, ihre Macht einzuschränken und den demokratischen Staat zu vernichten? Diese beiden Kernfragen haben im Hinblick auf die Rahmendaten 1918/19 und 1933 Kontroversen in der Erforschung der Weimarer Republik ausgelöst. In der österreichischen Ersten Republik stellte sich die Situation ähnlich dar: 1918 bildete die SPD den Seniorpartner in einer Koalition mit der christlich-sozialen Partei, 1933 gelang es Dollfuß, ein autoritäres Regime zu errichten und die Organisationen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

In ihrem Buch untersucht Ulrike Weber-Felber Programmdiskussion und Politik der Freien Gewerkschaften in der österreichischen Ersten Republik von 1918 bis 1933. Sie geht dabei von dem Selbstverständnis der Gewerkschaften aus, das seine Wurzeln in der Anfangszeit der Republik besitzt: Der Staat wurde nicht mehr als Vertreter bestimmter Klasseninteressen, sondern als wirtschaftsgestaltender Faktor begriffen. Die Arbeiterbewegung, deren politischer Kopf an der Regierung beteiligt war, sah jetzt die Chance, das kapitalistische System mit demokratischen Reformen zu verändern. Deshalb stimmten die Interessen von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei überein.

Die Frage, weshalb die kapitalistische Ordnung den Zusammenbruch des Habsburger Reiches überstehen konnte, behandelt die Autorin nicht. Sie zeigt, wie die Gewerkschaften mit dieser Staatspolitik nach dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Partei aus der Regierung unter dem Druck der sich beschleunigenden Inflation in ein Dilemma gerieten: Einerseits verlangte das Interesse der Arbeiter eine reformorientierte Wirtschaftspolitik, auf der andere Seite ließ die problematische Situation der österreichischen Wirtschaft nach Ansicht der Gewerkschaftsführung nur die Fortsetzung der kooperativen Politik zu. Die Arbeitslosigkeit wurde zunächst als eine in Kauf zu nehmende Begleiterscheinung der